



★★★ DAS WICHTIGSTE VOM TAGE AUF EINEN BLICK ★★★

STROM

**159,86 €/MWh**

Epex Spot DE-LU Day Base

GAS

**54,85 €/MWh**

EEX Spot THE (End of Day)

ZAHL DES TAGES

121

Milliarden kWh grüne Wärme aus erneuerbarer Energie wurden im 1. Halbjahr 2026 in Deutschland produziert. 3 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum

REGULIERUNG

Netzregulierung setzt neue Qualitätsmaßstäbe

DIGITALISIERUNG

Enercity testet Kundenservice über Chat GPT

STADTWERKE

Stadtwerk verdient nun auch mit WC-Spülungen Geld

Inhalt

TOP-THEMA

→ **GAS:** EU sieht Gasversorgung im Winter gesichert

POLITIK & RECHT

- **REGULIERUNG:** Netzregulierung setzt neue Qualitätsmaßstäbe
- **POLITIK:** Bundesregierung will Förderprogramme im Klimafonds kürzen
- **STUDIEN:** Neue Anlagestrategie zur Netzfinanzierung
- **KLIMASCHUTZ:** EU-ETS-Reform: Experten sehen Ergänzungsbedarf

HANDEL & MARKT

- **WINDKRAFT ONSHORE:** Mehrheit der Bevölkerung will Windpark am Lammerskopf
- **KLIMASCHUTZ:** Studie warnt vor „Einfrieren“ des CO₂-Preises
- **REGENERATIVE:** Erneuerbare legen 2026 in allen Sektoren zu

TECHNIK

- **DIGITALISIERUNG:** Enercity testet Kundenservice über Chat GPT
- **PHOTOVOLTAIK:** Hilfen für Fledermäuse in PV-Parks
- **E&M-PODCAST:** Netz als Partner der Digitalisierung

UNTERNEHMEN

- **STADTWERKE:** Stadtwerk verdient nun auch mit WC-Spülungen Geld

- **IT:** Chemnitzer Eins Energie nutzt Immobilien-Plattform aus Essen
 - **PERSONALIE:** Neue Spitze bei den Stadtwerken Schmöln in Sicht
 - **STATISTIK DES TAGES :** Monatliche deutsche Importmenge von russischem Gas
-

MARKTBERICHTE

- **MARKTKOMMENTAR:** Kämpfe wirken sich auf Strom- und Gasnotierung aus
-

SERVICE

- **ENERGIEDATEN**
- **STELLENANZEIGEN**
- **REDAKTION**
- **IMPRESSUM**

★ TOP-THEMA

EU sieht Gasversorgung im Winter gesichert



LNG-Tanker. Quelle: Shutterstock / Wojciech Wrzesien

GAS. Die Speicherziele für den Winter 2026/2027 bleiben laut der Energy Union Task Force erreichbar. Zusätzliche LNG-Kapazitäten sollen die Versorgung absichern.

Für Europas Gasversorgung im kommenden Winter sieht die „Energy Union Task Force“ nach ihrer jüngsten Bestandsaufnahme derzeit keine unmittelbare Gefahr. Die informelle Arbeitsgruppe aus Vertretern der Europäischen Kommission und der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) befasste sich am 10. Juli mit den Folgen der jüngsten Entwicklungen im Nahen Osten für die europäischen Energiemärkte. Die Generaldirektion Energie der EU-Kommission veröffentlichte die Ergebnisse des Treffens am 13. Juli in einer Mitteilung.

Demnach bewertete das Gremium die Lage auf dem Gasmarkt, die Füllstände der europäischen Gasspeicher und die Vorbereitungen auf den Winter 2026/2027. Vertreter der Mitgliedstaaten berichteten zudem über die Situation in ihren Ländern.

Preise reagieren bislang vergleichsweise ruhig

Der Konflikt in Nahost hält die europäischen Gaspreise über dem Niveau vor Beginn der Auseinandersetzungen. Nach Einschätzung der Task Force preist der Markt damit vor allem die Unsicherheit über Dauer und Folgen des Konflikts ein. Größere Ausschläge seien jedoch bislang jedoch ausgeblieben. Zudem lägen die Notierungen deutlich unter den Höchstständen der Energiekrise 2022.

Nach Einschätzung des Gremiums können die EU-Staaten die vorgesehenen Speicherfüllstände noch vor Beginn der Wintersaison erreichen. Damit sei die EU ausreichend auf die kalten Monate vorbereitet, heißt es aus Brüssel. Zusätzlich verweist die Task Force auf ungenutzte europäische Importkapazitäten für Flüssigerdgas (Liquefied Natural Gas, LNG). Diese könnten weitere Einfuhren ermöglichen, die Nachfrage im Winter decken und eine flexible Bewirtschaftung der Speicher unterstützen.

Wie groß die freien LNG-Importkapazitäten sind und in welchem Umfang sie im Winter genutzt werden könnten, beziffert die Mitteilung nicht. Auch zu möglichen Engpässen in einzelnen Mitgliedstaaten macht sie keine Angaben. Die Kommission und die Task Force wollen die Gasversorgungslage in der EU weiter beobachten und bei Bedarf Maßnahmen zwischen den Mitgliedstaaten koordinieren.

Die Energy Union Task Force wurde im Juni 2025 als Initiative des EU-Aktionsplans für erschwingliche Energie eingerichtet. Sie arbeitet als informelle, handlungsorientierte Kooperationsgruppe der Kommission und der Mitgliedstaaten. Die Task Force soll dafür sorgen, dass die EU-Staaten ihre Energiepolitik besser aufeinander abstimmen und gemeinsam Hürden für einen europäischen Energiemarkt aus dem Weg räumen.

Zu ihren Aufgaben zählen unter anderem eine bessere Nutzung bestehender Infrastruktur, der Ausbau grenzüberschreitender Verbindungen, schnellere Genehmigungen, mehr Flexibilität im Energiesystem und Reformen zur Senkung der Energiekosten. Die Gruppe wird von der EU-Kommission geleitet. Bei Bedarf unterstützen Institutionen wie die Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (Acer) und die Europäische Investitionsbank (EIB) die Task Force. (ds)

// VON DAVINA SPOHN

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

POLITIK & RECHT



Quelle: Shutterstock / nitpicker

Netzregulierung setzt neue Qualitätsmaßstäbe

REGULIERUNG. Die Bundesnetzagentur hat die Qualitätsregulierung für Strom- und Gasverteilnetze neu festgelegt. Die Branche fordert belastbare Daten für die Bewertung der Netzbetreiber.

Die Bundesnetzagentur hat die methodische Ausgestaltung der Qualitätsregulierung für Betreiber von Strom- und Gasverteilnetzen beschlossen. Die Große Beschlusskammer Energie erließ die Festlegung am 13. Juli 2026.

„Wir legen Kennzahlen zur Zuverlässigkeit und zur Leistungsfähigkeit der Verteilnetzbetreiber fest. So können sich die Branche, Verbraucher und Regulierungsbehörden zukünftig ein deutlich klareres Bild des Status quo machen“, erläuterte der Präsident der Behörde Klaus Müller. Neben den bewährten Anreizen zur Reduzierung von Versorgungsunterbrechungen im Stromverteilernetz würden auch neue Anreize für die Verbesserung der Netzleistungsfähigkeit der Verteilernetzbetreiber geschaffen.

Inhalt der Festlegung

Die Festlegung schreibt im Grundsatz die bisherige Regelung zur Netzzuverlässigkeit fort. Neu ist, dass für die Stromverteilernetzbetreiber zukünftig jährlich Kennzahlen ermittelt und veröffentlicht werden, die verdeutlichen, wie schnell und wie umfassend sie die Energiewende umsetzen und wie weit sie digitalisiert sind.

Die Kennzahlen betreffen unter anderem Netzanschlussdauern und Umsetzungsquoten für Netzanschlüsse. Zusätzlich werden Digitalisierungsindizes für jeden Netzbetreiber berechnet. Die Bundesnetzagentur erhofft sich daraus in Zukunft ein höheres Maß an Transparenz und mehr Netzbetreiber mit überdurchschnittlicher Performance.

Hintergrund NEST-Prozess

Die Bundesnetzagentur hat den Prozess zur Neubestimmung der Regelungen für die Kosten- und Erlösbestimmung unter dem Titel NEST-Prozess („Netze – Effizient – Sicher – Transformiert“) im Februar 2024 gestartet. Netzbetreiber, Netznutzer und alle betroffenen Interessengruppen konnten Stellung

nehmen und an den zahlreichen Austauschveranstaltungen teilnehmen. Letzter Schritt war die Befassung der Länder mit den Festlegungsentwürfen.

Der Hintergrund der Neuregelung ist das Urteil des Europäischen Gerichtshofes aus dem Jahr 2021. Demnach müssen Regelungen, wie sie bisher in der Anreizregulierungsverordnung und den Entgeltverordnungen vorgegeben wurden, direkt von der unabhängigen Regulierungsbehörde getroffen werden, durch die Große Beschlusskammer Energie.

BDEW kritisiert Datengrundlage

Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) begrüßt grundsätzlich, dass die Leistungen der Netzbetreiber im Zuge der Energiewende stärker sichtbar werden. Gleichzeitig fordert der Verband eine belastbare Datengrundlage für die Bewertung einzelner Unternehmen.

Laut BDEW-Hauptgeschäftsführerin Kerstin Andreae treiben die Netzunternehmen die Digitalisierung ihrer Netze voran. So bewältigten sie eine kontinuierlich steigende Zahl von Netzan Anschlussanfragen für Erneuerbare-Energien-Anlagen, Speicher, Wärmepumpen und Ladeinfrastruktur. Gleichzeitig sorgten die Stromnetzbetreiber dafür, dass die hohe Versorgungsqualität erhalten bleibe. Deshalb sei es aus Sicht des Verbandes sinnvoll, diese Leistungen künftig stärker abzubilden.

Andreae betont jedoch, dass die Aussagekraft der neuen Qualitätskennzahlen entscheidend von der Qualität der zugrunde liegenden Daten abhängt. Besonders bei der neu eingeführten Bewertung der sogenannten Energiewendekompetenz sieht der Verband noch Unsicherheiten. Laut BDEW müssten Datenerhebung und Methodik sorgfältig ausgestaltet werden, wenn daraus Rückschlüsse auf die Leistung einzelner Netzbetreiber gezogen werden sollen.

Qualität von externen Faktoren abhängig

Nach Einschätzung des Verbandes hängen beispielsweise Umsetzungsquoten bei Netzan schlüssen von zahlreichen Faktoren ab, die außerhalb des Einflussbereichs der Netzbetreiber liegen. Dazu gehörten etwa Verzögerungen durch Genehmigungsverfahren oder fehlende Vorleistungen anderer Beteiligter. Deshalb stellt der BDEW infrage, ob solche Kennzahlen geeignet sind, die Netzleistungsfähigkeit einzelner Unternehmen realistisch abzubilden.

Auch bei der Bewertung der Versorgungsqualität verweist der Verband auf äußere Einflüsse. Stromausfälle infolge von Extremwetterereignissen oder anderer höherer Gewalt könnten von Netzbetreibern nicht verhindert werden. Solche Ereignisse müssten bei der Auswertung der Qualitätsindikatoren berücksichtigt werden, um Verzerrungen zu vermeiden.

Positiv bewertet der BDEW dagegen die Einführung eines bundesweiten Digitalisierungsindex. Dieser könne nach Ansicht des Verbandes den Entwicklungsstand der Branche insgesamt sichtbar machen und in den kommenden Jahren als Orientierung dienen. Gleichzeitig weist Andreae darauf hin, dass einzelne Netzbetreiber unterschiedliche Digitalisierungsstrategien verfolgen könnten. Deshalb lasse sich der Fortschritt nicht allein anhand einheitlicher Kennzahlen bewerten. (sh)

Die **Festlegung Qualitätsregulierung** der Bundesnetzagentur steht im Internet bereit. (sh)

// VON SUSANNE HARMSSEN

[^ Zum Inhalt](#)

Bundesregierung will Förderprogramme im Klimafonds kürzen



Das Bundeskanzleramt in Berlin. Quelle: Georg Eble

POLITIK. Der Klima- und Transformationsfonds ist ein zentrales Instrument des Bundes. Wie im Bundeshaushalt spart die Regierung auch dort. Es geht um einzelne Förderprogramme.

Die Bundesregierung will in den kommenden Jahren bei Förderprogrammen im Klima- und Transformationsfonds kürzen. Programme sollten „zielgenauer und flexibler“ ausgerichtet werden, hieß aus dem Finanzministerium. Die Rede war von „Kleinstprogrammen“, die sukzessive abgebaut werden sollten. Bei disponiblen Mittel, die noch nicht zugesagt wurden, solle es im Grundsatz eine Kürzung um 30 Prozent geben. Förderstopps solle es nicht geben.

Das Kabinett beschloss den Wirtschaftsplan 2027 des Klima- und Transformationsfonds (KTF) und den Finanzplan bis 2030. Der KTF ist ein Sondertopf des Bundes, um Klimaziele zu erreichen. Daraus werden Förderprogramme finanziert – zum Beispiel für den Umstieg auf neue Heizungen oder Elektroautos.

Aus dem 500-Milliarden-Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität gehen in den kommenden Jahren 100 Milliarden in den Klima- und Transformationsfonds, pro Jahr sind es 10 Milliarden Euro. Der KTF hat Milliarden-Einnahmen aus dem europäischen und nationalen Emissionshandel.

Bereits bekannt ist, dass es für den Einbau von Wärmepumpen und anderen klimafreundlichen Heizungen in den kommenden Jahren weniger Zuschuss vom Staat geben soll. Es gibt eine stärkere soziale Staffelung. Kürzungen soll es daneben zum Beispiel bei Programmen zur klimafreundlichen Mobilität oder bei bestimmten Klimaschutzmaßnahmen geben. Die Rede war von einer „intelligenten Rasenmäher“-Methode.

Konkret geht es etwa um weniger Geld zum Beispiel bei der Förderung von Maßnahmen zur energetischen Stadtsanierung, bei Energieforschung, bei Beratungen zu Energieeffizienz – oder bei Zuschüssen für die Anschaffung von Nutzfahrzeugen mit alternativen, klimaschonenden Antrieben, der Förderung des Ankaufs von Bussen mit alternativen Antrieben sowie bei Zuschüssen zur Förderung alternativer Antriebe im Schienenverkehr. Das geht aus der Kabinettsvorlage hervor, die der Deutschen Presse-Agentur vorliegt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass üblicherweise in einem Jahr nicht alle Mittel aus Förderprogrammen abfließen.

Ausgenommen bei Kürzungen sind Maßnahmen wie der Industriestrompreis, um energieintensive Unternehmen zu entlasten. Für Entlastungen bei Energiekosten soll es im kommenden Jahr mehr Geld geben.

Der KTF solle einen Beitrag zur Konsolidierung des Bundeshaushalts leisten, hieß es aus dem Ministerium. Finanzminister Lars Klingbeil

(SPD) muss Milliardenlücken schließen. Laut Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2027 sollen im kommenden Jahr Einnahmen aus dem Emissionshandel, die bisher in den KTF geflossen sind, teilweise für den Kernhaushalt genutzt werden. Es geht um eine Summe von 2,7 Milliarden Euro 2027 – und um insgesamt mehr als 13 Milliarden Euro bis 2030. // **VON DPA**

[^ Zum Inhalt](#)

Neue Anlagestrategie zur Netzfinanzierung



Quelle: Shutterstock

STUDIEN. Öffentliche Versorgungsrücklagen und Pensionsfonds von Bund und Ländern könnten laut Stiftung Klimaneutralität höhere Erträge erzielen und Milliarden in Energienetze investieren.

Öffentliche Versorgungsrücklagen und Pensionsfonds von Bund und Ländern könnten ihre jährlichen Erträge durch eine veränderte Anlagestrategie um rund 1,9 Milliarden Euro steigern. Gleichzeitig ließen sich rund 6 Milliarden Euro für den Ausbau deutscher Strom- und Wärmenetze mobilisieren. Zu diesem Ergebnis kommt ein neues Gutachten der Stiftung Klimaneutralität, einer 2020 in Berlin gegründeten Denkfabrik.

Nach Angaben der Stiftung verwalten die betrachteten Fonds derzeit rund 126 Milliarden Euro. Viele dieser Rücklagen folgten jedoch weiterhin Anlagerichtlinien, die auf den 1990er Jahren basierten. Co-Autor Frederik Digulla, Lead Advisor der Stiftung Klimaneutralität, sieht darin ungenutztes Potenzial.

Eine Modernisierung der Portfolios nach dem Vorbild des Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen Entsorgung (Kenfo) oder der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) könne sowohl die Rendite erhöhen als auch Kapital für den Netzausbau bereitstellen. Zusätzliche Haushaltsmittel seien dafür nicht erforderlich.

Fünf Prozent der Anlagen in die Energieinfrastruktur

Grundlage der Analyse ist ein Vergleich deutscher Versorgungsrücklagen und Pensionsfonds mit internationalen Pensions- und Staatsfonds sowie den bereits modernisierten deutschen Fonds Kenfo und VBL. Daraus leiten die Autoren eine Referenzallokation ab.

Diese sieht einen Anteil von 50 Prozent Aktien, 25 Prozent verzinslichen Anlagen sowie 25 Prozent privaten Märkten und Infrastrukturinvestitionen vor. Zehn Prozentpunkte des Gesamtportfolios sollen demnach in Deutschland investiert werden, davon die Hälfte in Energieinfrastruktur.

Nach Berechnungen der Autoren sind die untersuchten Fonds derzeit im Durchschnitt zu rund 36 Prozent in Aktien und zu 64 Prozent in Anleihen investiert. Eine Umschichtung auf die vorgeschlagene Portfolioaufteilung würde die erwartete jährliche Rendite um etwa 1,5 Prozentpunkte erhöhen. Das entspreche zusätzlichen Erträgen von rund 1,9 Milliarden Euro pro Jahr. Den größten Beitrag dazu leisteten Investitionen in private Märkte und Infrastruktur, gefolgt von einer höheren Aktienquote.

Sechs Milliarden Euro für Investitionen

Aus der vorgeschlagenen Allokation ergäbe sich laut Gutachten ein Investitionsvolumen von rund 6 Milliarden Euro für den Ausbau der Strom- und Wärmenetze. Nach Angaben der Stiftung Klimaneutralität könnte damit ein erheblicher Teil der Eigenkapitallücke kommunaler Energieversorger geschlossen werden. Diese belaufe sich bis 2035 auf mindestens 13 Milliarden Euro.

Grundlage dafür sei eine frühere Analyse von Agora Energiewende, der Stiftung Klimaneutralität und Dezernat Zukunft. Die Autoren sprechen sich zudem für einen sogenannten Public-Investor-Pool aus. Anders als ein im Zusammenhang mit dem Deutschlandfonds diskutierter Private-Investor-Pool benötige ein solcher Ansatz mit öffentlichem Kapital nach ihrer Einschätzung keine zusätzlichen staatlichen Garantien.

Effizienteres Management vorhandenen Kapitals

Öffentliche Fonds verfügten über einen langfristigen Anlagehorizont und könnten Beteiligungen an der heimischen Energieinfrastruktur als strategische Investition bewerten. Private Investoren wie Versicherungen könnten sich später zu denselben Bedingungen beteiligen. Digulla betont, dass es nicht um zusätzliche staatliche Ausgaben gehe, sondern um ein effizienteres Management vorhandenen Kapitals.

Eine dauerhaft um 1,5 Prozentpunkte höhere Rendite auf ein Vermögen von 126 Milliarden Euro könne über mehrere Jahrzehnte hinweg einen zweistelligen Milliardenbetrag erwirtschaften und damit die Haushalte von Bund und Ländern entlasten. „Voraussetzung ist jedoch, dass Bund und Länder ihre Anlagerichtlinien für die öffentlichen Versorgungsrücklagen entsprechend anpassen“, so Digulla.

Das **Gutachten von Frederik Digulla und Johannes Schroeten** steht im Internet bereit. (sh)

// VON SUSANNE HARMSEN

[^ Zum Inhalt](#)

EU-ETS-Reform: Experten sehen Ergänzungsbedarf



Quelle: Fotolia

KLIMASCHUTZ. Mehrere Studien fordern vor der Reform des EU-Emissionshandels für CO₂ zusätzliche industriepolitische Maßnahmen, um Investitionen in klimafreundliche Produktion abzusichern.

Die anstehende Reform des europäischen Emissionshandels (EU-ETS) durch die EU-Kommission sollte nach Einschätzung mehrerer Forschungseinrichtungen von weiteren industrie- und handelspolitischen Maßnahmen begleitet werden. Zu diesem Ergebnis kommen sowohl eine gemeinsame Studie des Öko-Instituts und des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) als auch ein aktueller Politikbrief von Agora Energiewende. Anlass ist der Reformvorschlag, den die Europäische Kommission in dieser Woche vorlegen will.

Nach Angaben des Öko-Instituts in Berlin und des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln, bleibt der Emissionshandel das zentrale Instrument der europäischen Klimapolitik. Allein könne das System jedoch nicht gewährleisten, dass Unternehmen die notwendigen Investitionen in klimaneutrale Produktionsverfahren tätigen und wirtschaftlich betreiben.

Laut der Studie sind die Rahmenbedingungen für energieintensive Industrien schwieriger geworden. Hohe Energiekosten infolge geopolitischer Konflikte, zunehmender internationaler Wettbewerbsdruck sowie Überkapazitäten aus China erschwerten Investitionen in klimafreundliche Technologien. Gleichzeitig laufen die kostenlosen Zuteilungen von Emissionszertifikaten schrittweise aus.

Empfehlungen an die EU

Felix Matthes, Forschungskoordinator Energie- und Klimapolitik am Öko-Institut, erklärt, der Emissionshandel müsse durch einen verlässlichen politischen Rahmen ergänzt werden. „Nur so erhalten Unternehmen die notwendige Planungssicherheit für langfristige Investitionen“, sagte er.

Nach Angaben der Autoren gingen die vom EU-ETS erfassten Treibhausgasemissionen seit Einführung des Systems im Jahr 2005 europaweit um rund 51 Prozent zurück, in Deutschland um etwa 49 Prozent. Während die bisherigen Emissionsminderungen vor allem in der Energiewirtschaft erzielt worden seien, stehe nun die Industrie stärker im Fokus.

Stabile Preissignale senden

Die Studie empfiehlt deshalb mehrere Anpassungen des Emissionshandelssystems. Demnach sollte die Obergrenze für Emissionen ab Mitte der 2030er Jahre an die europäischen Klimaschutzziele für 2040 und 2050 angepasst werden. Zudem schlagen die Autoren vor, die Marktstabilitätsreserve weiterzuentwickeln, um stabile Preissignale und ausreichende Zertifikatsmengen sicherzustellen. Einnahmen aus dem Emissionshandel sollten nach ihrer Auffassung zweckgebunden in den Umbau von Industrie und Energiesystem fließen.

Auch bei den kostenlosen Zertifikaten sehen die Autoren Anpassungsbedarf. Diese sollten laut Studie dort für höchstens fünf Jahre länger gewährt werden, wo weiterhin erhebliche Wettbewerbsnachteile bestehen oder der CO₂-Grenzausgleichsmechanismus der Europäischen Union (Carbon Border Adjustment Mechanism, CBAM) seine Wirksamkeit noch nicht ausreichend nachgewiesen habe.

Agora nennt ETS kosteneffizient

Zu ähnlichen Schlussfolgerungen gelangt die Berliner Denkfabrik Agora Energiewende. In ihrem Politikbrief vom 14. Juli bezeichnet die Organisation das Emissionshandelssystem ebenfalls als entscheidendes Instrument für kosteneffiziente Emissionsminderungen. Angesichts veränderter wirtschaftlicher und geopolitischer Rahmenbedingungen müsse das System jedoch modernisiert werden.

Agora Energiewende empfiehlt unter anderem, den bisherigen Emissionsminderungspfad bis 2035 beizubehalten, um Investitionssicherheit zu schaffen. Zudem sollte die Marktstabilitätsreserve als regelbasierter Mechanismus erhalten bleiben. Falls kostenlose Zertifikate über 2034 hinaus vergeben würden, sollten diese nach Auffassung der Denkfabrik an konkrete Investitionen in die Dekarbonisierung der Industrie geknüpft werden.

Beide Analysen betonen übereinstimmend, dass der Emissionshandel seine Wirkung nur im Zusammenspiel mit weiteren Instrumenten entfalten könne. Dazu zählen aus Sicht der Autoren Investitionen in Strom- und Wasserstoffinfrastruktur, Maßnahmen zur Förderung klimafreundlicher Produkte sowie handelspolitische Instrumente zum Schutz der europäischen Industrie. Nur mit einem solchen Maßnahmenpaket lasse sich die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie während der Transformation sichern.

Die **Ökoinstitut- und IW-Studie „Reform des EU-ETS-1 und flankierende Instrumente“** steht im Internet bereit.

Der **Agora-Policy-Brief zum EU-ETS** steht als PDF zum Download bereit. (sh) // VON SUSANNE HARMSSEN

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

HANDEL & MARKT



Quelle: Windkraftareal Heidelberg Lammerskopf

Mehrheit der Bevölkerung will Windpark am Lammerskopf

WINDKRAFT ONSHORE. Die Planungen für den Windpark Lammerskopf in Baden-Württemberg können weitergehen. Bürgerentscheide brachten die erforderliche Zustimmung der Bevölkerung aus zwei Kommunen.

Es ist nur ein Zwischenhalt, allerdings kein ganz unwichtiger: Mit Bürgerentscheiden am 12. Juli haben zwei Standortkommunen sich die Zustimmung ihrer Bevölkerung für einen geplanten Windpark im Odenwald gesichert. Die Turbinensammlung auf dem bewaldeten Bergrücken Lammerskopf soll sich auf das Gebiet von Heidelberg (sieben Anlagen) und der Nachbarstadt Neckargemünd (eine) verteilen.

In Heidelberg kam das Pro-Park-Lager nach Angaben der Stadtverwaltung auf 66,7 Prozent der abgegeben Stimmen. Dabei mussten die Ja-Stimmen zugleich ein gesetzlich vorgeschriebenes Quorum von 20 Prozent aller Wahlberechtigten erreichen, das Minimum lag entsprechend bei 21.711 Stimmen. Der erreichte Wert lag mit 28.943 Zustimmungenden darüber, die Wahlbeteiligung lag insgesamt bei 40,1 Prozent.

In Neckargemünd stimmte die Bevölkerung zeitgleich ab. Hier fiel die Beteiligung (49,2 Prozent) etwas höher, die Zustimmung mit 57,2 Prozent etwas niedriger aus. 2.976 Ja-Stimmen lagen gleichwohl auch hier deutlich über dem erforderlichen Quorum (20 Prozent, 2.105 Stimmen). Die Kommune hatte zuvor deutlich gemacht, die eine Windenergieanlage nur zulassen zu wollen, sofern der Großteil des Parks in Heidelberg ebenfalls gewollt ist.

Die Abstimmungen haben den Rang eines Ratsbeschlusses und binden die örtliche Politik drei Jahre lang. In der nächsten Zeit stehen dem Windpark allerdings weitere Hürden im Weg: Umfangreiche Nachweise im Genehmigungsverfahren sind erforderlich, um die Verträglichkeit der Anlagen in dem FFH- und Landschaftsschutzgebiet zu belegen.

Die Turbinen sind das Vorhaben einer Projektgesellschaft, an der auch die Stadtwerke Heidelberg beteiligt sind. Sie hatte bei einer Flächenausschreibung der Waldbehörde Forst BW vor rund drei Jahren den Zuschlag für die Entwicklung des Gebiets bekommen (wir berichteten). Ob sämtliche acht Anlagen in dem Genehmigungsprozess den behördlichen Segen erhalten, ist offen. Umwelt- und Naturschutzverbände hatten bereits den bisherigen Prozess kritisch begleitet und werden vermutlich ihre Bedenken auch im weiteren Verlauf vortragen. (vs) // VON VOLKER STEPHAN

Studie warnt vor „Einfrieren“ des CO₂-Preises



Quelle: Shutterstock / Black Salmon

KLIMASCHUTZ. Eine Studie des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft sieht im geplanten Einfrieren des nationalen CO₂-Preises ab 2027 große Risiken für den Klimaschutz und die Energiewende.

Das „Einfrieren“ des nationalen CO₂-Preises auf 55 bis 65 Euro je Tonne im Jahr 2027 würde nach Berechnungen des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) rund vier Milliarden Euro weniger Einnahmen für den Klima- und Transformationsfonds (KTF) bedeuten und damit Spielräume für Klimaschutzprogramme deutlich einschränken.

In Auftrag gegeben hatten die Studie die Ökostromanbieter EWS Schönau, Green Planet Energy und Naturstrom. Anlass dafür: die geplante Verschiebung des europäischen Emissionshandels für Gebäude und Verkehr (ETS 2) auf 2028 (wir berichteten).

Nach geltendem Brennstoffemissionshandelsgesetz hätte sich der nationale CO₂-Preis 2027 am Preisniveau des bestehenden EU-Emissionshandels orientiert. Die Bundesregierung hatte dafür in ihrem Projektionsbericht einen CO₂-Preis von rund 80 Euro je Tonne angenommen. Stattdessen soll der aktuelle Preiskorridor von 55 bis 65 Euro je Tonne beibehalten werden.

Nach Angaben der Autoren haben diese Pläne enorme Auswirkungen auf den Klima- und Transformationsfonds, dessen wichtigste Einnahmequelle der nationale Emissionshandel ist. Die entstehende Finanzierungslücke könnte Förderprogramme für Gebäudesanierung, Wärmepumpen, Wärmenetze, Elektromobilität und Ladeinfrastruktur treffen.

„Schwarz-Rot sägt am finanziellen Fundament des Klimaschutzes“, kommentiert Alexander Sladek, Vorstand der EWS Schönau. „Dabei decken die bisherigen CO₂-Preise bei Weitem noch nicht die eigentlichen Klima-Schadenskosten. So untergräbt die Regierung die eigentlich hervorragende Möglichkeit, Klimaschutz marktgetrieben voranzubringen“.

Fehlende Investitionen könnten Milliarden kosten

Am Beispiel der Wärmepumpenförderung schätzt die Studie die möglichen Auswirkungen einer Kürzung um vier Milliarden Euro ab. Demnach könnten Investitionen von bis zu 15 Milliarden Euro ausbleiben. Über die angenommene Wirkungskdauer von 20 Jahren würden dadurch bis zu 41 Millionen Tonnen CO₂ zusätzlich emittiert. Die daraus resultierenden Klimaschadenskosten beziffert das FÖS auf zwölf bis 39 Milliarden Euro. Die Autoren weisen darauf hin, dass es sich um eine Bruttobetrachtung handelt, die Mitnahmeeffekte und mögliche Nachholeffekte nicht berücksichtigt.

Zudem argumentiert die Studie, dass ein niedrigerer CO₂-Preis die Wirtschaftlichkeit neuer Gasheizungen gegenüber Wärmepumpen verbessert – ein Effekt, der den klimapolitischen Zielen entgegensteht. Eine Senkung der Stromsteuer könne zwar die Betriebskosten von Wärmepumpen reduzieren, eine Investitionsförderung jedoch nicht ersetzen.

Das FÖS empfiehlt daher, die bisher vorgesehene Orientierung des nationalen CO₂-Preises am ETS 1 beizubehalten und ab 2028 im ETS 2 einen nationalen Mindestpreis einzuführen. Vorgeschlagen wird ein Preispfad von 95 Euro je Tonne im Jahr 2028 bis 125 Euro je Tonne im Jahr 2030. Außerdem fordern die Autoren, den Klimasozialplan zügig bei der EU einzureichen, damit Deutschland auf Mittel aus dem Klima-

Sozialfonds zugreifen kann.

„Die Regierung sieht CO2-Preise als Königsweg für marktlich orientierten Klimaschutz. Dann muss sie auch den Mut haben, die Preise die Wahrheit sprechen zu lassen“, resümiert Oliver Hummel, Vorstandsvorsitzender der Naturstrom AG. (kmt) // **VON KATIA MEYER-TIEN**

[^ Zum Inhalt](#)

Erneuerbare legen 2026 in allen Sektoren zu



Quelle: Shutterstock

REGENERATIVE. Im ersten Halbjahr 2026 ist der Anteil erneuerbarer Energien in Deutschland an Stromerzeugung, Wärmeversorgung und Verkehr gestiegen. Das zeigen Daten der Statistikstelle AGEE-Stat.

Im ersten Halbjahr 2026 haben erneuerbare Energien ihren Anteil an der Energieversorgung in Deutschland in allen drei Sektoren ausgebaut. Das geht aus aktuellen Zahlen der Arbeitsgruppe Erneuerbare Energien-Statistik (AGEE-Stat) hervor. Diese wertet im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWE) die Entwicklung der erneuerbaren Energien aus. Demnach stieg der Anteil erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch auf rund 57 Prozent. Gleichzeitig nahm die Nutzung erneuerbarer Energien im Wärme- und Verkehrssektor zu.

Nach Angaben der Arbeitsgruppe wurden in den ersten sechs Monaten des Jahres rund 153 Milliarden kWh Strom aus Wind-, Wasser-, Sonnen- und Bioenergie erzeugt. Das entspricht einem Plus von sechs Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Der höhere Ertrag geht laut AGEE-Stat unter anderem auf günstigere Windverhältnisse zurück. Nachdem das erste Halbjahr 2025 außergewöhnlich windarm ausgefallen war, lagen die Windgeschwindigkeiten 2026 wieder näher am langjährigen Mittel.

Wind weiter vor PV

Die Windenergie blieb mit einem Anteil von rund 45 Prozent die wichtigste erneuerbare Stromquelle. Es folgten Photovoltaik mit 34 Prozent, Biomasse mit 15 Prozent, Wasserkraft mit fünf Prozent sowie Geothermie mit weniger als einem Prozent.

Auch die Photovoltaik setzte ihren Ausbau fort. Laut der Arbeitsgruppe wurden im ersten Halbjahr rund 8.000 MW neue Bruttoleistung installiert. Damit dürfte das Ausbauziel des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) von insgesamt 128 GW installierter Photovoltaik-Leistung bereits im Sommer erreicht werden.

Windkraft an Land verfehlt Ausbauziel

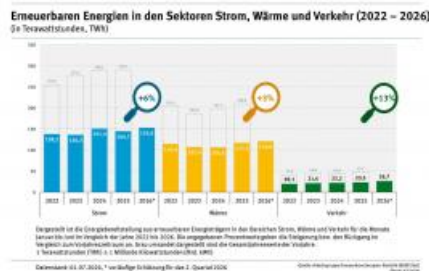
Bei der Windenergie an Land kamen netto rund 2.000 MW hinzu. Ende Juni waren damit Anlagen mit einer Gesamtleistung von etwa 70.000 MW installiert. Das EEG-Ziel von 84.000 MW bis zum Jahresende werde nach Einschätzung der AGEE-Stat jedoch voraussichtlich deutlich verfehlt, obwohl die Zahl der Neugenehmigungen gestiegen sei.

Eine Hochrechnung für das Gesamtjahr sei derzeit nicht möglich, betont die Arbeitsgruppe. Sowohl die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien als auch der Stromverbrauch hingen maßgeblich von der Witterung und teilweise von der wirtschaftlichen Entwicklung in den kommenden Monaten ab.

Wärmesektor mit drei Prozent mehr erneuerbarer Energie

Auch im Wärmesektor setzte sich das Wachstum fort. Nach Angaben der AGEE-Stat wurden im ersten Halbjahr rund 121 Milliarden kWh Wärme aus erneuerbaren Quellen bereitgestellt. Das entspricht einem Anstieg von drei Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Besonders stark legte die Nutzung von Umweltwärme und oberflächennaher Geothermie über Wärmepumpen zu. Sie stieg um mehr als 19 Prozent. Darüber hinaus erhöhte sich die Wärmeerzeugung aus Solarthermie um drei Prozent und aus gasförmiger Biomasse um ein Prozent. Knapp zwei Drittel der erneuerbaren Wärme stammten weiterhin aus fester Biomasse. Als Grund für den Anstieg nennt die AGEE-Stat unter anderem den höheren Heizenergiebedarf infolge der etwas kühleren Witterung im ersten Quartal.



Anteil erneuerbarer Energien nach Sektoren im Vergleich 2022-2026 -

Für Vollbild auf die Grafik klicken

Quelle: AGEE-Stat

13 Prozent mehr Erneuerbare im Verkehr

Im Verkehrssektor wurden im ersten Halbjahr rund 27 Milliarden kWh erneuerbare Energien eingesetzt. Das waren 13 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum und laut AGEE-Stat der bislang höchste Halbjahreswert. Als wesentlichen Grund nennt die Statistikstelle die Anhebung der Treibhausgasminderungsquote von 10,6 Prozent im Jahr 2025 auf zwölf Prozent im Jahr 2026. Dadurch sei der Absatz von Biokraftstoffen, insbesondere Biodiesel und HVO, insgesamt um 11,4 Prozent gestiegen.

Zudem nahm die Nutzung erneuerbaren Stroms im Straßenverkehr deutlich zu. Laut AGEE-Stat stieg die rechnerisch ermittelte Strommenge für Verkehrszwecke um mehr als 20 Prozent. Ausschlaggebend seien sowohl die wachsende Zahl an Elektrofahrzeugen als auch der höhere Anteil erneuerbarer Energien im Strommix.

UBA-Präsident drängt aufs Tempo

Der Präsident des Umweltbundesamtes (UBA), Dirk Messner, bewertet die Entwicklung positiv. Die Zahlen für das erste Halbjahr 2026 stimmten optimistisch. Gleichzeitig dürfe der Zuwachs bei Wind- und Solarenergie nicht darüber hinwegtäuschen, dass speziell die Wärme- und Verkehrswende weiter beschleunigt werden müssten.

Wärmepumpen und Elektrofahrzeuge müssten schneller verbreitet und das Stromsystem durch zusätzliche Großbatteriespeicher flexibler werden, erklärte Messner. „Nur wenn alle Sektoren gemeinsam vorankommen, können die Klimaschutzziele erreicht werden“, sagte er.

Der „**Aktuelle Monats- und Quartalsdaten der AGEE-Stat**“ stehen im Internet bereit. (sh)

// VON SUSANNE HARMSSEN

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT

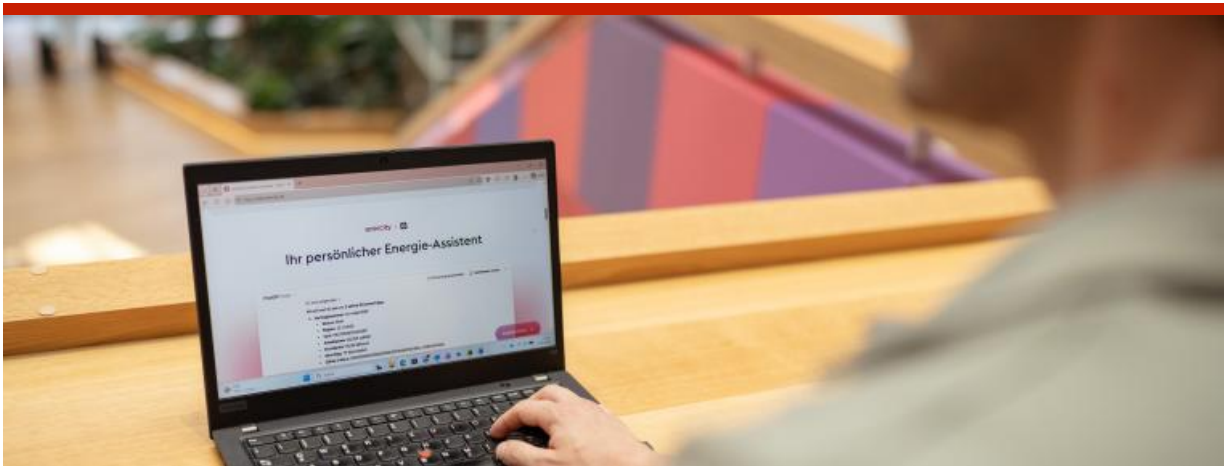


TECHNIK



UNTERNEHMEN

⚙️ TECHNIK



Kunde bei der Nutzung des Energie-KI-Assistenten. Quelle: Enercity / Jannis Bach

Enercity testet Kundenservice über Chat GPT

DIGITALISIERUNG. Enercity bindet Kundenservice-Funktionen an Chat GPT an. Kunden können dort Vertragsdaten abrufen, Rechnungen klären und Zählerstände übermitteln.

Der kommunale Energieversorger Enercity mit Sitz in Hannover erprobt einen neuen Zugang zu seinem Kundenservice. Während der Testphase können Kunden ausgewählte Anliegen zu ihren Energieverträgen über Chat GPT bearbeiten. Chat GPT ist ein KI-Dienst des US-amerikanischen Unternehmens Open AI, bei dem Nutzer in Alltagssprache Fragen stellen und sich Antworten oder Texte erstellen lassen können. Enercity hat seinen KI-generierten „Energie-Assistenten“ gemeinsam mit seiner Digitaltochter Lynqtech entwickelt.

Wie der Versorger mitteilt, können Kunden damit unter anderem Vertrags- und Tarifinformationen abrufen sowie Fragen zu Rechnungen stellen. Auch Zählerstände lassen sich über Fotoaufnahmen der Zähler übermitteln. Die künstliche Intelligenz soll den Wert erkennen und an die Systeme des Versorgers weitergeben.

Enercity will den Funktionsumfang später erweitern. Geplant sind unter anderem Änderungen der Abschlagshöhe und individuelle Tarifempfehlungen. Voraussetzung für die Teilnahme sind ein bestehender Enercity-Vertrag und ein geeigneter Account bei Chat GPT. Kunden müssen sich über die unternehmenseigene Plattform „lab.enercity.de“ anmelden.

Nach eigenen Angaben zählt das Unternehmen zu den ersten Energieunternehmen in Europa, die eigene Vertrags- und Servicefunktionen in eine verbreitete KI-Anwendung einbinden.

MCP verbindet Chat GPT mit Kundensystemen

Technische Grundlage des KI-Assistenten ist ein Server auf Basis des Model Context Protocol (MCP). Der Standard verbindet KI-Anwendungen wie Chat GPT mit Funktionen und Daten externer Systeme. Bei Enercity stellt diese Schnittstelle die Verbindung zwischen Chat GPT und den Kundensystemen des Versorgers her.

Die Anwendung beantwortet nicht nur allgemeine Fragen. Bei der Nutzung kann sie laut Enercity auf die für

die jeweilige Anfrage benötigten Vertragsdaten zugreifen. So soll sie etwa Angaben zum Tarif und zur Vertragslaufzeit nennen, Fragen zu einer konkreten Rechnung beantworten oder einen fotografierten Zählerstand erkennen und an Enercity übermitteln. Nach Darstellung des Unternehmens unterscheidet sie sich damit von herkömmlichen Chatbots, die meist nur vorab hinterlegte allgemeine Informationen ausgeben.

Florian Riedl, Bereichsleiter Digital Processes & Platform Markets bei Enercity, sieht darin einen neuen Zugang zu Unternehmensdienstleistungen. „Wir zeigen, wie Unternehmen ihre Dienstleistungen künftig direkt in diese neue Generation digitaler Assistenten integrieren können“, so Riedl. Damit eröffne das Projekt neue Perspektiven für den Kundenservice, das Nutzererlebnis und digitale Plattformen.

Enercity begrenzt übermittelte Daten

Der Zugriff auf individuelle Vertragsdaten wirft zugleich Fragen zum Datenschutz auf. Enercity erklärt, der Assistent übermittle keine sensiblen personenbezogenen Angaben wie Namen, Adressen oder Bankverbindungen an Chat GPT. Das System erhalte für eine Anfrage ausschließlich die jeweils benötigten Vertrags- und Energiedaten.

Dazu können nach Angaben des Unternehmens Informationen über das Vertragsverhältnis, Preise und Laufzeiten sowie Verbrauchs- und Zählerdaten gehören. Der Zugriff folge dem Prinzip der Datensparsamkeit. Enercity bezeichnet die Verarbeitung als konform mit der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO). Kunden entscheiden selbst, ob sie den Dienst nutzen.

Der KI-Assistent ergänzt nach Darstellung von Enercity die bestehende App und das Kundenportal. Persönliche Beratung bleibt weiterhin in den Kundencentern, telefonisch, per E-Mail sowie über die bestehenden Kontaktformulare möglich. Vor allem für komplexe Anliegen hält der Versorger damit an den bisherigen Servicewegen fest. (ds) // VON DAVINA SPOHN

[^ Zum Inhalt](#)

Hilfen für Fledermäuse in PV-Parks



Quelle: KNE

PHOTOVOLTAIK. Das Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende (KNE) hat vier internationale Studien zu Solarparks ausgewertet und Empfehlungen für eine fledermausfreundliche Planung veröffentlicht.

Das Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende (KNE) hat eine neue Publikation zu den Auswirkungen von Solarparks auf Fledermäuse veröffentlicht. Darin vergleicht das KNE vier begutachtete wissenschaftliche Studien aus England, Ungarn und Frankreich, die vor dem 1. Mai 2026 in Fachzeitschriften erschienen sind. Untersucht wurden Fledermausarten, die auch in Deutschland vorkommen.

Laut dem KNE liefern die ausgewerteten Arbeiten erste belastbare Erkenntnisse darüber, wie Fledermäuse Solarparks nutzen und welche Folgen die Anlagen für die Tiere haben können. Demnach dienen Solarparks Fledermäusen grundsätzlich als Lebensraum. Gleichzeitig zeigen die Untersuchungen, dass sich die Qualität der Jagdhabitate je nach Art unterscheiden kann.

Artenzahl durch PV nicht reduziert

Nach Angaben des KNE stellten die Forschenden in den Solarparks im Vergleich zu Referenzflächen oder

angrenzenden Lebensräumen häufig eine geringere Rufaktivität sowie Veränderungen im Flug- und Nahrungsaufnahmeverhalten fest.

Die Zahl der nachgewiesenen Arten blieb dagegen in den meisten Fällen unverändert. Besonders in den zentralen Bereichen der Anlagen wurde eine geringere Aktivität einzelner Arten und Artengruppen beobachtet. Warum sich Fledermäuse dort anders verhalten, ist den Autorinnen und Autoren zufolge bislang nicht abschließend geklärt.

Die Publikation betont, dass sich die Auswirkungen von Solarparks nicht pauschal bewerten lassen. Vielmehr hingen sie von der jeweiligen Fledermausart, den Landschaftsstrukturen sowie der Ausgestaltung und Pflege der Anlagen ab. Deshalb seien art- und gildenspezifische Betrachtungen erforderlich.

Empfehlungen für die Planung von PV-Parks

Aus den ausgewerteten Studien leitet das KNE mehrere Empfehlungen für die Planung neuer Solarparks ab. So sollten Anlagen nach Möglichkeit auf Flächen errichtet werden, die sich nur eingeschränkt als Nahrungshabitat für Fledermäuse eignen. Als geeignete Standorte kommen laut den Autorinnen und Autoren beispielsweise intensiv genutzte, strukturarme Ackerflächen infrage, sofern dort oder in der näheren Umgebung keine bedeutenden Quartiere, Leitstrukturen oder hochwertigen Nahrungshabitate betroffen sind.

Darüber hinaus empfehlen die Studien eine naturnahe Gestaltung und Pflege der Anlagen. Nach Angaben des KNE können zusätzliche Strukturen wie Hecken sowie artenreiche Grünlandbestände die Lebensraumqualität für Fledermäuse verbessern. Solche Maßnahmen hätten sich bereits bei anderen Artengruppen bewährt und könnten deshalb mehrere Naturschutzziele gleichzeitig unterstützen.

Mehr Untersuchungen notwendig

Die Autorinnen und Autoren weisen zugleich darauf hin, dass der Forschungsstand noch begrenzt ist. Für belastbare Aussagen über langfristige Auswirkungen auf Fledermauspopulationen seien standardisierte Vorher-Nachher-Untersuchungen mit Kontrollflächen erforderlich. Außerdem empfehlen sie, den Einfluss unterschiedlicher Anlagenkonzepte und Pflegeregime systematisch zu untersuchen sowie ein Monitoring nach einheitlichen Standards einzuführen.

Nach Einschätzung des KNE bilden die bisherigen Untersuchungen eine wichtige Grundlage für die weitere Forschung. Gleichzeitig zeige der Vergleich der Studien, wie komplex die Erfassung und Bewertung der Fledermausaktivität in Solarparks sei. Weitere wissenschaftliche Untersuchungen seien daher notwendig, um die Auswirkungen verschiedener Anlagenkonzepte besser bewerten und entsprechende Planungsgrundlagen entwickeln zu können. (sh)

Die **KNE-Publikation „Auswirkungen von Solarparks auf Fledermäuse“** steht als PDF zum Download bereit.
// VON SUSANNE HARMSSEN

[^ Zum Inhalt](#)

Netz als Partner der Digitalisierung



E&M-PODCAST. Netzausbau und -betrieb profitieren von der Digitalisierung und ermöglichen neue Rechenzentren. Die Chancen erläutert in einem Exklusiv-Interview Westenergie-CEO Robert Denda.

Die Westenergie ist einer der größten Energiedienstleister und Infrastrukturanbieter für Strom, Gas und Telekommunikation in Deutschland. Ihr CEO Robert Denda beschreibt im *Energiefunk*, welche Herausforderungen aber auch Chancen derzeit im Stromverteilnetz bestehen. Intelligente Netze können effizienter betrieben werden und mehr Strom zwischen Verbrauchern und Erzeugern transportieren. Ohne diese sichere Energieversorgung sind beispielsweise Rechenzentren nicht zu betreiben. Diese wiederum können mit ihrer Abwärme zum Klimaschutz im Heizungssektor beitragen.

Damit diese Win-Win-Chancen genutzt werden können, muss zunächst das Netz ertüchtigt werden. So geht in den nächsten Jahren im Netzgebiet der Westenergie-Gruppe alle fünf Minuten eine neue PV-Anlage in Betrieb. Dafür benötigt das Unternehmen von Politik und Regulierung günstige Finanzierungsbedingungen, so Denda. Außerdem wünscht er sich eine Priorisierung, wer zuerst ans Netz soll, damit sich die Anträge nicht weiter nach dem Windhundprinzip des ersten Antragstellers stapeln. Stattdessen sollten die reifsten Projekte bevorzugt werden.

Gesprächspartner:

- Dr. Robert Denda, CEO und CTO der Westenergie AG



Um zum Podcast zu gelangen, klicken Sie bitte auf das Bild
Quelle: E&M

Warum *Energiefunk*?

Vierzehntäglich mittwochs bringt eine neue Folge des *Energiefunks* Fakten, Meinungen und Skurriles aus der Energiewelt. Neben dem Bericht steht die persönliche Meinung, der Aufruf, Ausbruch oder die plötzliche Einsicht der Energieakteure im Mittelpunkt. Dazu gehören Kurzinterviews aus Politik, Verbänden, Unternehmen oder Wissenschaft, Schlagzeilen der Woche, Trends, Entwicklungen, Prognosen zu aktuellen Prozessen in der Energiewelt und natürlich Meldungen aus der digitalen Welt. Auch das Kurzporträt eines Unternehmens oder innovativen Projekts wird aus aktuellem Anlass gezeichnet.

Hören ist manchmal leichter als Lesen. Es geht auch unterwegs oder beim Autofahren oder sogar im Dunkeln. Und Sie bekommen den Originalton. Keine gefilterten Berichte, sondern die Aussage pur. Als wären Sie dabei, sozusagen „Ohrenzeuge“. Das kann Sie erheitern, aufregen, den Kopf schütteln oder die Ohren spitzen lassen. Die Wahl liegt bei Ihnen – also Reinhören!

Der *E&M Energiefunk* kann bei [iTunes](#), über [Spotify](#), auf SoundCloud sowie bei [Deezer](#) und [Google Play Music](#) und [Amazon Alexa](#) oder per [RSS-Feed](#) abonniert und angehört werden. Bei [Google Play](#) gibt es ihn auch als App. // VON SUSANNE HARMSEN

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

UNTERNEHMEN



Stadtwerke und Wobag übernehmen einen Handwerksbetrieb. Quelle: Stadt Saalfeld

Stadtwerk verdient nun auch mit WC-Spülungen Geld

STADTWERKE. Ein Stadtwerk in Thüringen hat ein ungewöhnliches Geschäftsfeld für sich entdeckt. Eines der größten lokalen Sanitärunternehmen gehört nun zum kommunalen Versorger aus Saalfeld.

Strom, Erdgas, Wärme – und nun auch Toilettenspülungen: Das Portfolio der Stadtwerke Saalfeld (SWS) hat sich überraschend verändert. Hintergrund ist die Übernahme eines SHK-Betriebs (Sanitär, Heizung, Klima) in der thüringischen Stadt.

Die SWS sind dabei nur eine neue Mutter für die Wärme-, Klima- & Sanitärtechnik GmbH (WKS). Dem Versorger fallen 67 Prozent an dem Handwerksunternehmen zu, der Rest geht an die Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft Saalfeld/Saale mbH (Wobag), ebenfalls eine Tochter der Kommune.

Mit dem Übergang an SWS und Wobag endet für den 1990 gegründeten Handwerksbetrieb eine etwa zehn Jahre dauernde Nachfolgesuche. 2024 hatte das Unternehmen sich schließlich an die Stadt Saalfeld gewendet, weil sich alle Übernahmegespräche mit Interessierten zerschlagen hatten. Die Kommune selbst habe auf dem Privatmarkt nicht zugreifen dürfen, so Oberbürgermeister Steffen Kania (CDU), die Töchter in gewissem Maße schon.

Die aktuellen WKS-Geschäftsführer Ullrich Gölitzer und Heiko Wittig betonen, es handele sich um einen Eigentümerwechsel, der an der Struktur des Betriebs nichts ändere. Die 50 Arbeitsplätze bleiben erhalten, nur Ullrich Gölitzer scheidet aus Altersgründen Ende August aus. WKS ist derzeit sogar größer als die beiden neuen Gesellschafter einzeln: Sowohl die Stadtwerke als auch die Wobag bleiben knapp unter der Zahl von 50 Beschäftigten (laut Beteiligungsbericht für 2024).

Weil die WKS neben Sanitäranlagen auch Lüftungs-, Kälte- und Klimatechnik im Portfolio hat, erkennt Stadtwerke-Geschäftsführer Alexander Kronthaler laut einer Mitteilung „überwiegend Vorteile“ in der Mehrheitsbeteiligung an der WKS. So werde der Versorger bei den Aufgaben der Wärmeplanung auf das Knowhow des Betriebs zurückgreifen können. Kooperationen habe es ohnehin in der Vergangenheit häufig gegeben. Die Wobag will die Expertise im eigenen Wohnungsbestand nutzen.

Oberbürgermeister Kania ist es wichtig, auf mögliche Bedenken von Wettbewerbern einzugehen. „Die

Öffentliche Hand hat niemandem etwas weggenommen“, lässt er sich zitieren. Auch der Branchenverband habe im Rahmen der kommunalrechtlichen Genehmigung die Übernahme begrüßt. Außerdem gebe es andernorts Vorbilder, etwa in Jena. Die Stadtwerke Saalfelden versorgen etwa 20.000 Menschen mit Energie, Wärme und Wasser. // VON VOLKER STEPHAN

^ Zum Inhalt

WERBUNG

ENERGIEJOBS

DAS KARRIEREPORTAL FÜR DIE ENERGIEWIRTSCHAFT

Rekrutieren Sie zielgenau in der Strom-, Gas- und Wasserwirtschaft.

Energietechnik Erneuerbare Energien Energemanagement

08152 93 11 88 www.energiejobs.online

Chemnitzer Eins Energie nutzt Immobilien-Plattform aus Essen



Eins Energie und Stadtwerke Essen kooperieren. Quelle: Eins Energie in Sachsen

IT. Die Stadtwerke Essen haben einen ersten Vertragspartner für ihr digitales Immobilien-Tool gefunden – in Sachsen. Mit Eins Energie aus Chemnitz führen sie die Plattform „KUBIKS“ ein.

Die Stadtwerke Essen (SWE) haben gemeinsam mit der Wohnungswirtschaft eine Plattform für das Immobilienmanagement entwickelt, genannt „KUBIKS“. Jetzt gibt der Versorger aus dem Ruhrgebiet den Partner für den ersten kommerziellen Einsatz bekannt: Es ist die „eins energie in sachsen GmbH & Co. KG“ (Eins Energie) aus Chemnitz.

Mit der Softwarelösung wollen die Partner die gesamte Wertschöpfungskette der Immobilienwirtschaft bedienen. Kubiks verarbeitet und visualisiert nach Angaben der Unternehmen Zähler- und Sensordaten, die über LTE-Gateways oder aus Lorawan-Netzen einlaufen.

Die Informationen stehen für Abrechnung, Analyse und Verbrauchssteuerung zur Verfügung. Dadurch sei die Verwaltung von Gebäuden bis hin zur automatisierten Erstellung der Jahresabrechnung möglich. Das Digitalisierungs-Tool ist für die Immobilienwirtschaft als White-Label-Produkt verfügbar. Eins Energie ist

somit der erste Nutzer der Plattform.

Roland Warner, Vorsitzender der Geschäftsführung von Eins Energie, sieht in der Kooperation eine „große Chance“ in den Geschäftsbeziehungen von Energieversorgungsunternehmen mit der Wohnungswirtschaft. SWE-Vorstand Lars Martin Klieve erkennt in der Zusammenarbeit einen Vorteil bei dem Ansinnen, der Immobilienbranche „innovative und bedarfsgerechte Lösungen“ anzubieten.

Eins Energie ist nach eigenen Angaben mit rund 400.000 Haushalts- und Gewerbekunden ein führender kommunaler Versorger in Südsachsen in den Bereichen Erdgas, Strom, Internet, Wärme und Kälte sowie Wasser. Die Stadt Chemnitz und der Zweckverband „Gasversorgung in Südsachsen“, bestehend aus 117 Kommunen, halten jeweils 25,5 Prozent am Unternehmen, die Thüga AG 39,9 Prozent und die „eins energie Beteiligungsgesellschaft Chemnitz mbH“ die restlichen 9,1 Prozent. 2025 erwirtschaftete das Unternehmen mit rund 1.500 Beschäftigten etwa 1,3 Milliarden Euro Umsatz.

Auch die Stadtwerke Essen AG ist mehrheitlich in städtischer Hand (51 Prozent). Die Thüga ist hier ebenfalls Teilhaber (20 Prozent), die Eon-Tochter Westenergie kommt auf 29 Prozent. Für die Energie- und Wasserversorgung in der Stadt sorgen etwa 860 Mitarbeitende. (vs) // VON VOLKER STEPHAN

[^ Zum Inhalt](#)

Neue Spitze bei den Stadtwerken Schmölln in Sicht



Rico Stein (links) und Bürgermeister Sven Schrade. Quelle: Stadtwerke Schmölln

PERSONALIE. Zum 1. April 2027 übernimmt Rico Stein die Geschäftsführung der Stadtwerke Schmölln. Zuvor bereitet er sich drei Monate im Unternehmen auf die Aufgabe vor.

Die Stadtwerke Schmölln GmbH, ein kommunales Versorgungsunternehmen mit Sitz in Schmölln bei Gera (Thüringen), hat die Nachfolge an der Unternehmensspitze geregelt. Rico Stein tritt zum 1. April 2027 die Nachfolge von Severin Kühnast an. Kühnast verlässt das Unternehmen nach Ablauf seines Vertrags am 31. März kommenden Jahres aus familiären Gründen.

Bereits vom 1. Januar bis zum 31. März 2027 wird Stein als Referent der Geschäftsführung arbeiten. In dieser Zeit soll er sich auf die Leitung des Unternehmens vorbereiten, wie es in einer Mitteilung des Versorgers heißt. Der Stadtrat von Schmölln und die Gesellschafterversammlung haben seiner Berufung zugestimmt.

Der 1993 geborene Stein leitet derzeit die Abteilung Investitionen beim Zweckverband Wasser/Abwasser Mittleres Elstertal. Der kommunale Verband verantwortet die Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung in Gera und mehreren umliegenden Kommunen. Nach Angaben der Stadtwerke verfügt Stein über langjährige Erfahrung in der kommunalen Infrastruktur sowie in leitender Verantwortung.

Bürgermeister Sven Schrade (SPD) begründet die frühzeitige Entscheidung mit der Planungssicherheit für das Unternehmen und einem geordneten Übergang. Die Stadt Schmölln ist alleinige Eigentümerin der Stadtwerke.

Die Hauptgeschäftsfelder des Unternehmens sind die Trinkwasser- und Fernwärmeversorgung. Darüber hinaus übernehmen die Stadtwerke die technische und kaufmännische Betriebsführung für die Abwasserentsorgung der Stadt sowie für die Trinkwasser- und Abwasserentsorgung der Gemeindewerke Oberes Sprottental. Sie betreiben und unterhalten außerdem die Straßenbeleuchtung und führen das Freizeitbad Tatami.

Fernwärme liefern sie nach eigenen Angaben in den Stadtkern und das Neubaugebiet Heimstätte. In Schmöln leben rund 13.700 Menschen. Eine aktuelle Zahl ihrer direkten Kunden weisen die Stadtwerke nicht aus. (ds) // VON DAVINA SPOHN

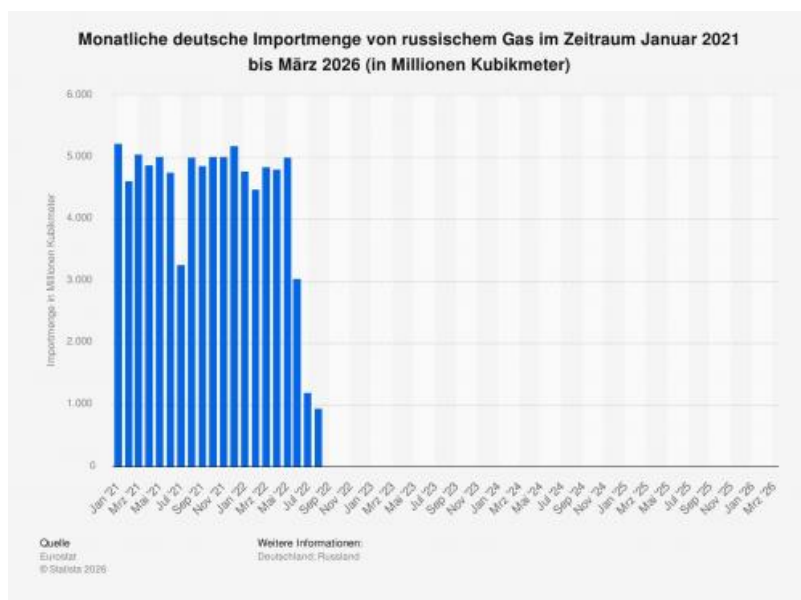
[^ Zum Inhalt](#)

Monatliche deutsche Importmenge von russischem Gas



Quelle: E&M / Pixabay

STATISTIK DES TAGES . Ein Schaubild sagt mehr als tausend Worte: In einer aktuellen Infografik beleuchten wir regelmäßig Zahlen aus dem energiewirtschaftlichen Bereich.



Zur Vollansicht bitte auf die Grafik klicken

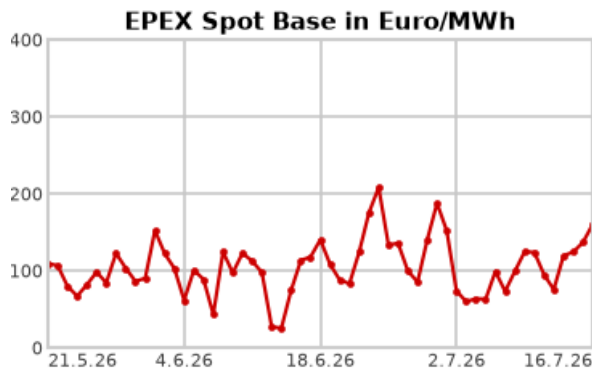
Quelle: Statista

In Anbetracht des russischen Krieges in der Ukraine stellte Russland am 31.08.2022 die Gaslieferungen nach Deutschland ein. Zuvor wurden die Gaslieferungen seitens Russlands schrittweise gedrosselt. Während Deutschland seit dem Herbst 2022 kein Erdgas mehr aus Russland erhält, beziehen andere Länder in Europa weiterhin Erdgas-Lieferungen aus Russland. Die Angaben stammen von Eurostat und wurden von Statista Research Department am 1. Juni dieses Jahres veröffentlicht. // VON REDAKTION

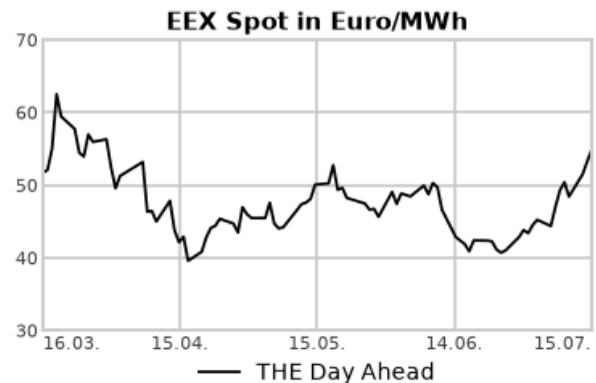
[^ Zum Inhalt](#)

MARKTBERICHTE

STROM



GAS



Kämpfe wirken sich auf Strom- und Gasnotierung aus



Quelle: E&M

MARKTKOMMENTAR. Wir geben Ihnen einen tagesaktuellen Überblick über die Preisentwicklungen am Strom-, CO₂- und Gasmarkt.

Unter dem Eindruck der wieder aufgeflammt Kämpfe am Persischen Golf zeigten sich die Energiepreise auch am Mittwoch aufwärts gerichtet. Die Märkte sind besorgt, da sich bislang keine diplomatische Lösung im Konflikt zwischen Iran und den USA abzeichnet. Im Gegenteil, die Zeichen stehen auf eine weitere Eskalation.

So hat US-Präsident Donald Trump Iran erneut mit Angriffen auf die zivile Infrastruktur des Landes gedroht. Nächste Woche würden alle Kraftwerke und Brücken zerstört, „es sei denn, sie kommen an den Verhandlungstisch und verhandeln“, sagte er in einem Interview des US-Senders Fox News. Trump kündigte heftige Angriffe für diese Nacht und die Folgenächte an. Die Kämpfe würden weitergehen, „bis ich sage, dass es genug ist“.

Strom: Fester hat sich der deutsche OTC-Strommarkt präsentiert. Strom nahm damit die Tendenz bei Gas, Kohle und Öl auf. In der Grundlast gewann der Day-ahead um 23,50 auf 160,25 Euro je Megawattstunde zu, in der Spitzenlast ging es um 23,25 auf 132,75 Euro je Megawattstunde nach oben. An der Börse wurden für den Base 159,86 Euro und für den Peak 132,32 Euro ermittelt.

Ausschlaggebend für die höheren Day-ahead-Preise ist die geringere Erneuerbaren-Einspeiseleistung, die am Donnerstag nur noch 19 Gigawatt betragen soll. Für den Mittwoch hatten die Meteorologen von Eurowind noch 23,6 Gigawatt prognostiziert. Am Freitag sollen die Beiträge der Erneuerbaren noch etwas weiter zurückgehen. Für das darauffolgende Wochenende werden dagegen sehr hohe Beiträge von Wind und Solar vorhergesagt. Bullish dürften sich auch die französischen Strompreise auf das Marktgeschehen in Deutschland ausgewirkt haben. Dort sind die Notierungen zum Teil auf mehrjährige Hochs gestiegen.

Am langen Ende des Strommarktes gewann das Cal 27 um 1,84 auf 103,76 Euro je Megawattstunde, das sich damit im Bereich eines Zweieinhalbjahreshochs bewegte

CO₂: Knapp behauptet haben sich die CO₂-Preise am Mittwoch gezeigt. Der Dec 26 verlor bis gegen 13.40 Uhr 0,09 auf 80,30 Euro je Tonne. Umgesetzt wurden bis zu diesem Zeitpunkt schwache 9,4 Millionen Zertifikate. Das Hoch lag bei 82,18 Euro, das Tief bei 81,20 Euro.

Vor den für Freitag angekündigten Reformvorschlägen der EU-Kommission zum EU-ETS dürften sich viele Anleger mit Engagements zurückhalten. Unterdessen sind in der Vorwoche an der ICE die Nettolongpositionen für Emissionszertifikate um deutliche 8,2 Millionen auf 50,2 Millionen Tonnen gesunken.

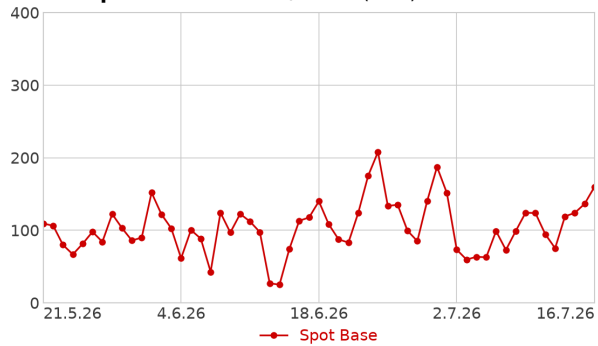
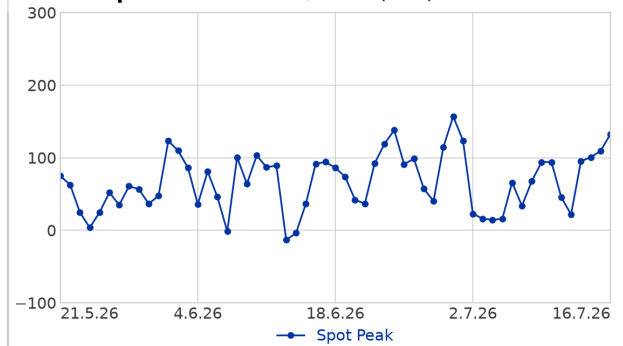
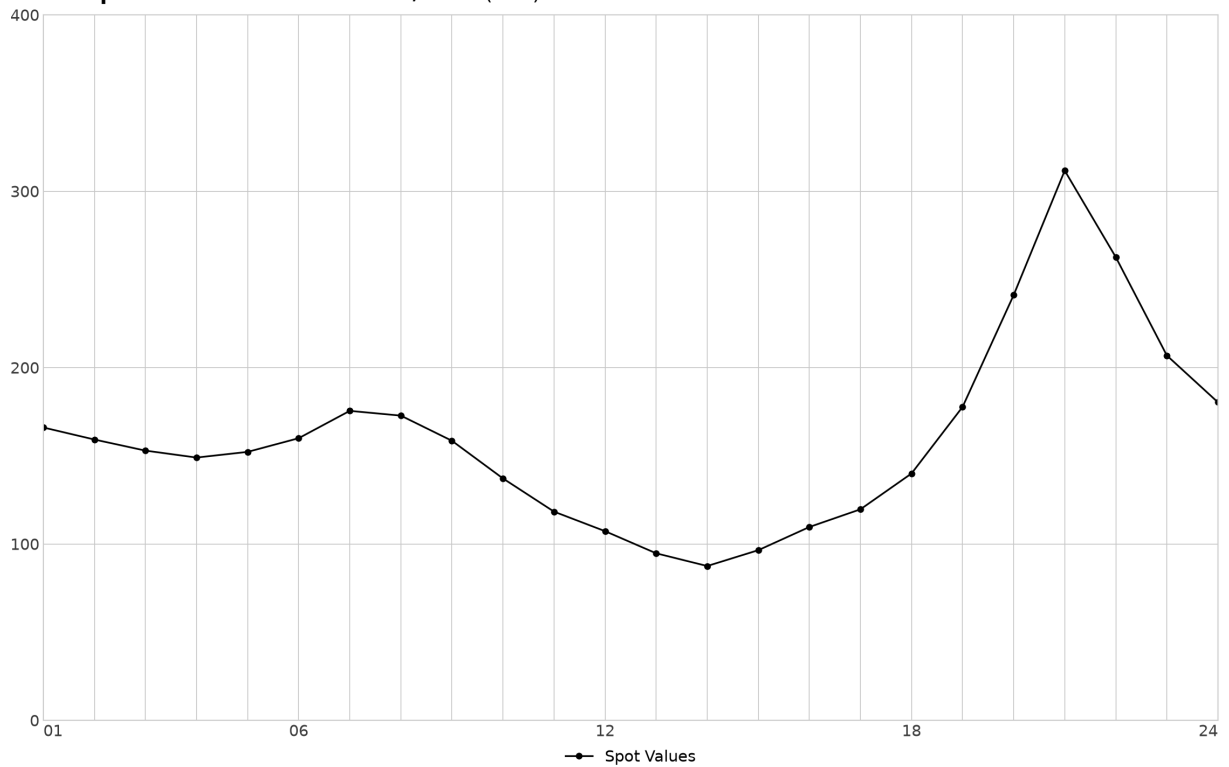
Erdgas: Fest haben sich die europäischen Gaspreise am Mittwoch präsentiert. Der Frontmonat am niederländischen TTF gewann bis 13.39 Uhr 1,09 auf 54,40 Euro je Megawattstunde. Am deutschen THE legte der Day-ahead um 1,70 auf 54,90 Euro je Megawattstunde zu.

Händler verweisen auf den Umstand, dass der Krieg im Persischen Golf wieder aufgeflammt ist. Europas Wettlauf um die Auffüllung der Erdgasvorräte wird schwieriger, da der Krieg die Preise in die Höhe treibt, was es für Händler weniger rentabel macht, den Brennstoff vor dem Winter zu kaufen und zu lagern. Die europäischen Gaspreise sind seit Kriegsbeginn um mehr als 70 Prozent gestiegen.

Die Gasspeicher in der gesamten Europäischen Union sind derzeit zu etwa 52 Prozent gefüllt, während die Einspeiseraten unter dem Vorjahresniveau und dem Zehn-Jahres-Sommerdurchschnitt liegen. Die meisten Analysten gehen davon aus, dass die Speicherfüllstände im Herbst nur knapp über 70 Prozent liegen werden. Die wachsenden europäischen Exportkapazitäten können den Effekt niedriger Speicherstände zwar dämpfen, doch steht Europa im verschärften Wettbewerb um LNG mit Asien. (cdg)

// VON CLAUS-DETLEF GROSSMANN

[^ Zum Inhalt](#)

ENERGIEDATEN:**Strom Spotmarkt****EPEX Spot Base in Euro/MWh (EEX)****EPEX Spot Peak in Euro/MWh (EEX)****EPEX Spot Stundenverlauf in Euro/MWh (EEX)**

Strom Terminmarkt

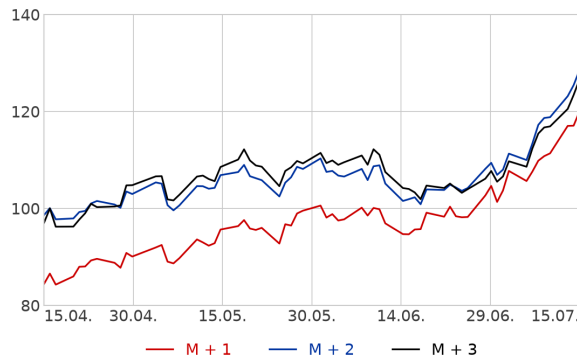
Terminmarktpreise Base in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	15.07.26	German Power Aug-2026	119,98
M2	15.07.26	German Power Sep-2026	128,50
M3	15.07.26	German Power Oct-2026	126,58
Q1	15.07.26	German Power Q3-2026	100,00
Q2	15.07.26	German Power Q4-2026	133,12
Q3	15.07.26	German Power Q1-2027	125,85
Y1	15.07.26	German Power Cal-2027	104,11
Y2	15.07.26	German Power Cal-2028	85,10
Y3	15.07.26	German Power Cal-2029	77,13

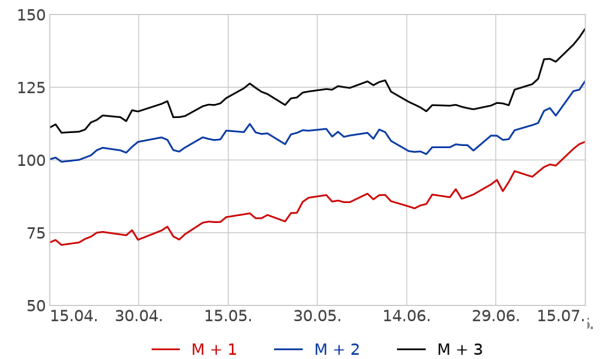
Terminmarktpreise Peak in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	15.07.26	German Power Aug-2026	106,23
M2	15.07.26	German Power Sep-2026	127,16
M3	15.07.26	German Power Oct-2026	145,16
Q1	15.07.26	German Power Q3-2026	91,62
Q2	15.07.26	German Power Q4-2026	161,04
Q3	15.07.26	German Power Q1-2027	145,84
Y1	15.07.26	German Power Cal-2027	109,89
Y2	15.07.26	German Power Cal-2028	91,23
Y3	15.07.26	German Power Cal-2029	82,92

Frontmonate Base in Euro/MWh (EEX)



Frontmonate Peak in Euro/MWh (EEX)



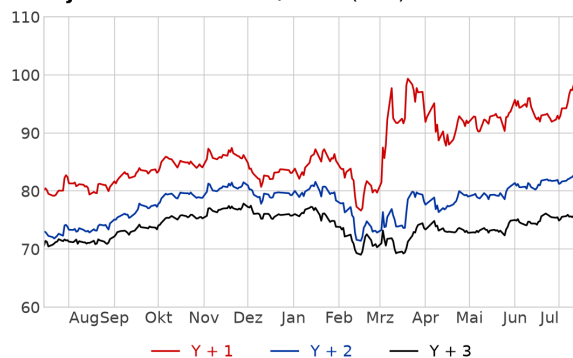
Frontquartale Base in Euro/MWh (EEX)



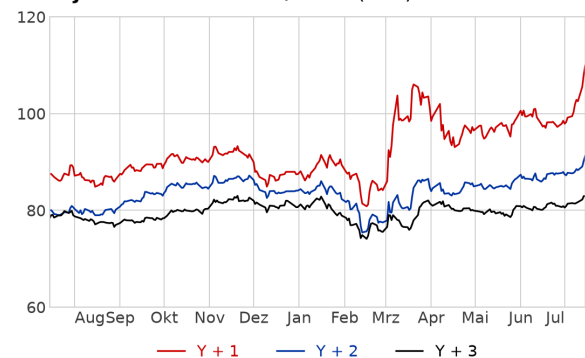
Frontquartale Peak in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Base in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Peak in Euro/MWh (EEX)

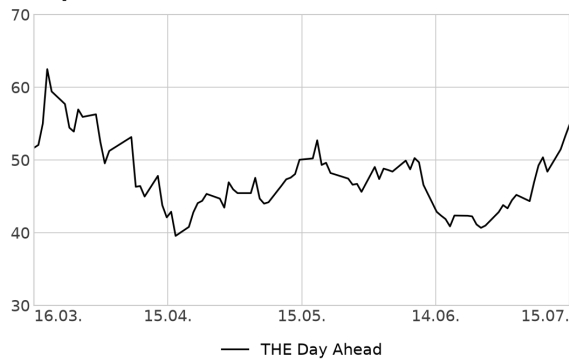


Gas Spot- und Terminmarkt

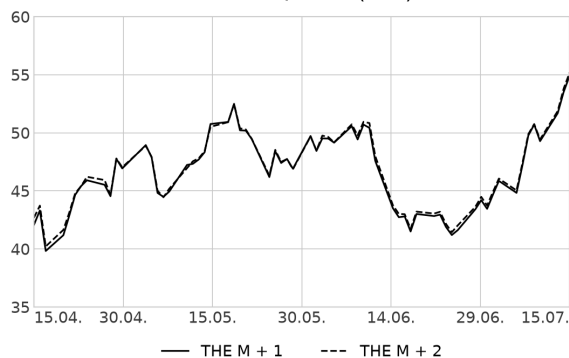
Terminmarktpreise THE in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	15.07.26	German THE Gas Aug-2026	54,89
M2	15.07.26	German THE Gas Sep-2026	55,15
Q1	15.07.26	German THE Gas Q3-2026	41,63
Q2	15.07.26	German THE Gas Q4-2026	55,68
S1	15.07.26	German THE Gas Win-2026	54,88
S2	15.07.26	German THE Gas Sum-2027	40,15
Y1	15.07.26	German THE Gas Cal-2027	43,36
Y2	15.07.26	German THE Gas Cal-2028	30,82

EEX Spot in Euro/MWh



Frontmonate THE in Euro/MWh (EEX)



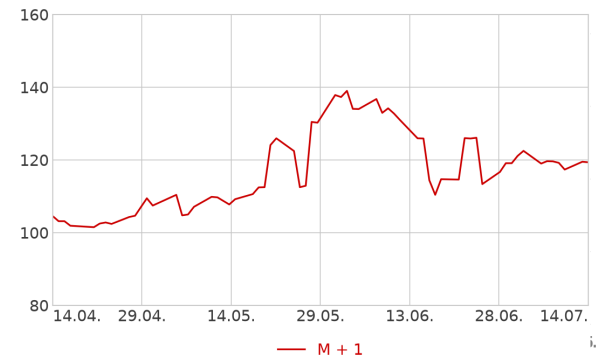
Frontjahre THE in Euro/MWh (EEX)



Strom, CO2, und Kohle

Kontrakt	Handelstag	akt. Kl.	Einheit
Germany Spot base	15.07.26	159,8	EUR/MWh
Germany Spot peak	15.07.26	132,3	EUR/MWh
EUA August	15.07.26	80,31	EUR/tonne
Coal API2 August 2026	15.07.26	119,3	USD/tonne

Frontmonat Kohle API2 in USD/t (ICE)



Gas und Öl

Kontrakt	Handelstag	akt. Kl.	Einheit
German THE Gas Day AI	15.07.26	54,85	EUR/MWh
German THE Gas Aug-20	15.07.26	54,89	EUR/MWh
German THE Gas Cal-20	15.07.26	43,36	EUR/MWh
Crude Oil Brent Jul-2026	15.07.26	84,95	USD/tonne

EUA in Euro/t (EEX)



E&M STELLENANZEIGEN



Projektingenieur / Jungingenieur Kraftwerkstechnik / Anlagentechnik (m/w/d)

Mit Hauptsitz im brandenburgischen Vetschau sowie Niederlassungen in Berlin, Hamburg, Dresden, J...
in Hamburg (+1 weiterer Standort)

vor 2 h

☒ Freie Mitarbeit ☐ Weiterbildung



Java-Entwickler:in (m/w/d) / Software Developer (m/w/d) für Virtuelles Kraftwerk

Deine Aufgabe: - Aktiv wirkst du an der Umsetzung der weiteren Modularisierung im Bereich Virtuel...
in Oldenburg

vor 2 h

☒ Festanstellung / ☐ Ausbildung / ☐ Freie Mitarbeit ☐ Flexible Arbeitszeit / ☐ Kantine



Entwicklungsingenieur (m/w/d) Abgasnachbehandlung Testing & Control

Referenznummer: 475 ## Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung - Entwicklung von Konzepten un...
in Villingen-Schwenningen

vor 2 h

☒ Festanstellung / ☐ Freie Mitarbeit ☐ Homeoffice / ☐ Mitarbeitererevents



Fachplaner*in für Stromversorgungsanlagen (w/m/d)

Ihr Aufgabengebiet umfasst die eigenverantwortliche Planung von: - Stromversorgungsanlagen in ...
in Göttingen

vor 2 h



Projektleiter Elektrotechnik Stark- und/oder Schwachstrom (w/m/d)

Was der Job Ihnen bietet - Kompetent übernehmen Sie die Komplettabwicklung von Projekten in el...
in Aalen

vor 2 h

☒ Festanstellung / ☐ Ausbildung / ☐ Freie Mitarbeit ☐ Mitarbeiterabbate

WEITERE STELLEN GESUCHT? HIER GEHT ES ZUM E&M STELLENMARKT

IHRE E&M REDAKTION:

Stefan Sagmeister (Chefredakteur, CVD print, Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Energiehandel, Finanzierung, Consulting



Davina Spohn (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: IT, Solar, Elektromobilität



Günter Drewnitzky (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Erdgas, Biogas, Stadtwerke



Susanne Harmsen (Büro Berlin)
Schwerpunkte: Energiepolitik, Regulierung



Korrespondent Brüssel: **Tom Weingärnter**
 Korrespondent Wien: **Klaus Fischer**
 Korrespondent Zürich: **Marc Gusewski**
 Korrespondenten-Kontakt: **Kerstin Bergen**



Ständige freie Mitarbeiter:

Volker Stephan

Manfred Fischer

Mitarbeiter-Kontakt: **Kerstin Bergen**



Fritz Wilhelm (stellvertretender Chefredakteur, Büro Frankfurt)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung



Georg Eble (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Windkraft, Vermarktung von EE



Heidi Roider (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: KWK, Geothermie



Katia Meyer-Tien (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung, Stadtwerke



Darüber hinaus unterstützt eine Reihe von freien Journalisten die E&M Redaktion.
 Vielen Dank dafür!

Zudem nutzen wir Material der Deutschen Presseagentur und Daten von MBI Infosource.



Über E&M



E&M Anzeigen-Vertrieb



E&M Mediadaten



E&M Zeitung



E&M Termine



E&M Shop



E&M Firmendatenbank



E&M Glossar

IMPRESSUM

Energie & Management Verlagsgesellschaft mbH

Mühlfelder Str. 18 a - D-82211 Herrsching

Tel. +49 (0) 81 52/93 11 0 - Fax +49 (0) 81 52/93 11 22

info@emvg.de - www.energie-und-management.de**Geschäftsführer:** Martin Brückner**Registergericht:** Amtsgericht München**Registernummer:** HRB 105 345**Steuer-Nr.:** 117 125 51226**Umsatzsteuer-ID-Nr.:** DE 162 448 530

Wichtiger Hinweis: Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass die elektronisch zugesandte E&M daily nur von der/den Person/en gelesen und genutzt werden darf, die im powernews-Abonnementvertrag genannt ist/sind, bzw. ein Probeabonnement von E&M powernews hat/haben. Die Publikation - elektronisch oder gedruckt - ganz oder teilweise weiterzuleiten, zu verbreiten, Dritten zugänglich zu machen, zu vervielfältigen, zu bearbeiten oder zu übersetzen oder in irgendeiner Form zu publizieren, ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung durch die Energie & Management GmbH zulässig. Zuwiderhandlungen werden rechtlich verfolgt.

© 2026 by Energie & Management GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Gerne bieten wir Ihnen bei einem Nutzungs-Interesse mehrerer Personen attraktive Unternehmens-Pakete an!

Folgen Sie E&M auf: